

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-spaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-spaltene mm-Zeile im Retlameteil für Poln.-Oberchl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 35

Sonntag, den 22 März 1931

80. Jahrgang

Vorläufig kein Handelsvertrag mit Polen

Ratifikation nicht vor Herbst — Rücksicht auf die Nationaldemokraten? — Verschiebung wegen Reichstagsvertagung

Berlin. Ueber die Mitteilung der Nationalsozialisten, sie würden zur Beratung des deutsch-polnischen Handelsvertrages in den Reichstag zurückkehren, ist man in parlamentarischen Kreisen erstaunt, da auch bei den Mittelparteien, auf die sich die Nationalsozialisten berufen, nichts von der Absicht bekannt ist, diesen Vertrag noch während des laufenden Tagungsabschnittes zu erledigen. Die Staatspartei hat allerdings der Regierung den Wunsch übermittelt, daß dies noch geschehen möge, das Kabinett hat jedoch keine Anstalten getroffen, diesem Verlangen nachzukommen. Außerdem ist eine Verabschiedung dieses Vertragswerkes — abgesehen von den politischen Widerständen gerade in diesem Augenblick — technisch gar nicht mehr möglich, da innerhalb der noch zur Verfügung stehenden 1½ Wochen Reichsrats- und Reichstagsberatungen nicht mehr durchführbar sind.

Deutsch-polnisches Komitee für Annahme des Handelsvertrages mit Polen

Berlin. Das deutsch-polnische Komitee hat, nachdem nunmehr die Annahme des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch den polnischen Sejm und Senat erfolgt ist, beschlossen, in einer Eingabe an die beteiligten Stellen der Reichsregierung dringend für Annahme desselben auch deutscherseits einzutreten, da, wie in der Eingabe gesagt wird, der Vertrag dem jahrelang zum Nachteil beider Staaten bestehenden vertragslosen Zustand ein Ende mache und unter sorgfältiger Abwägung der beiderseitigen Interessen zu Stande gekommen sei.



**Rücktritt
des Danziger Volkstagspräsidenten**
Der Präsident des Danziger Volkstages, Gehl, der wegen eines Zusammenstoßes zwischen der nationalsozialistischen und der sozialdemokratischen Volkstagsfraktion zurückgetreten ist.

Deutsch-österreichische Zusammenarbeit

Der Abschluß der Zoll- und Wirtschaftsverhandlungen

Berlin. In den letzten Tagen tauchten in der Presse Meldungen auf, nach denen der Abschluß der deutsch-österreichischen Zoll- und Wirtschaftsverhandlungen bevorzuehen soll. An den zuständigen Stellen hat man sich hierzu noch nicht geäußert, weil man offenbar noch abwarten will, bis das große Werk des Reichsaußenministers verhandelt wird, wirklich fertig geworden ist. Es ist aber wohl anzunehmen, daß die Öffentlichkeit in den nächsten Tagen genauer unterrichtet werden wird. Im wesentlichen handelt es sich bei den deutsch-österreichischen Verhandlungen um Richtlinien für eine Vereinheitlichung der beiden Zollsysteme, die in der Weise durchgeführt werden sollen, daß Österreich sich die deutsche Zollbasis zu eigen macht. Es ist selbstverständlich, daß die Auswirkungen auf die Wirtschaft auf beide Staaten eine genaue Prüfung aller Fragen erfordern. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß durch Einschaltung von Uebergangszeiten gewisse Schutzmaßnahmen für die schwächere österreichische Wirtschaft getroffen werden sollen. Im übrigen muß hervorgehoben werden, daß die Vereinheitlichung vor allem technischer Natur ist. Sie liegt durchaus in der Linie, wie sie von Briand für ganz Europa angestrebt wird. Es ist klar, daß der Briand'sche Gedanke sich nur schrittweise verwirklichen läßt, aber gerade in diesem Zusammenhange verdient die Bedeutung des deutsch-österreichischen Vertrages unterstrichen zu werden. Zweifellos wird dieser Grundgedanke besonders betont werden, wenn

die Vereinbarungen in den nächsten Tagen allgemein bekannt gegeben werden. Darüber hinaus begrüßt man in politischen Kreisen naturgemäß namentlich die Tatsache, daß gerade Österreich der erste Staat ist, mit dem wir zu einer Verständigung gelangt sind.

Reichskabinett und Rußlanddelegation

Berlin. Das Reichskabinett nahm in seiner Sitzung den Bericht des stellvertretenden Reichswirtschaftsministers über die Anträge entgegen, welche die Rußlanddelegation der deutschen Industrie in Verfolg der von ihr in Moskau geführten Verhandlungen an die Reichsregierung gestellt hat.

Die Anträge erstrecken sich bekanntlich darauf, daß von den im Reichshaushalt 1930/31 vorgesehenen Garantieermächtigungen Garantien in der bisher üblichen Weise gegeben werden.

Die Reichsregierung wird die Beratungen darüber fortsetzen.

Mißtrauensantrag gegen die japanische Regierung

Tokio. Ein oppositioneller Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde in der Kammer mit 239 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

Reichskanzler Hermann Müller gestorben
Berlin, 20. März. Reichskanzler a. D. Hermann Müller-Franken ist Freitag abend 10,45 Uhr, seinem Leiden erlegen.

Colijn über das Scheitern der Genfer Wirtschaftskonferenz

Genf. Der Präsident der dritten Zollwaffenstillstandskonferenz Colijn, hat sich Pressevertretern gegenüber über die Lage, die durch das Scheitern der Genfer Handelskonvention entstanden ist, geäußert. Die Frage, ob die Konvention noch existiere, sei, bemerkte Colijn, von der Konferenz offen gelassen worden. Persönlich sei er jedenfalls der Meinung, daß eine für einen bestimmten Zeitraum abgeschlossene Konvention zu bestehen aufhöre, wenn sie nicht vor dem vorgesehenen Ablauf in Kraft gesetzt sei. In der Praxis sei die Lage übrigens ziemlich klar. Selbst wenn noch einmal eine Konferenz im Laufe des Sommers zusammenetrete, um eine neue Entscheidung herbeizuführen, sei es nicht möglich, die Konvention sofort in Kraft zu setzen, denn bestimmte Staaten würden zweifellos die Meinung vertreten, daß es notwendig sei, erneut wegen der Ratifizierung an die Parlamente heranzutreten, so daß man ihnen inoffensiven Zeit lassen müsse.

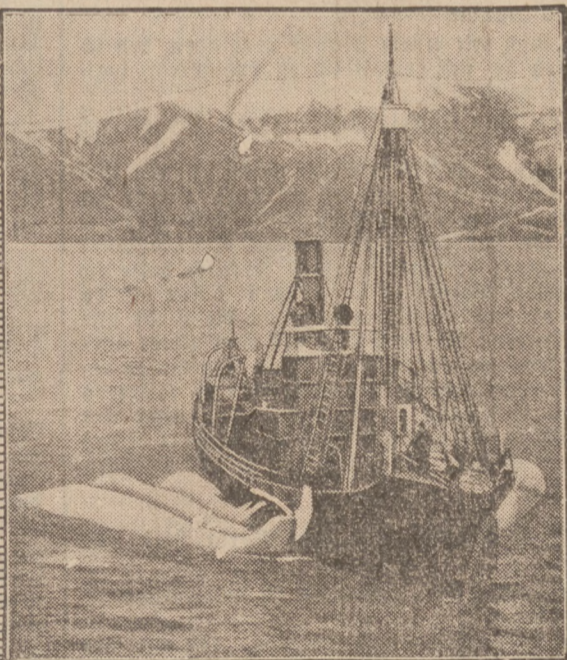
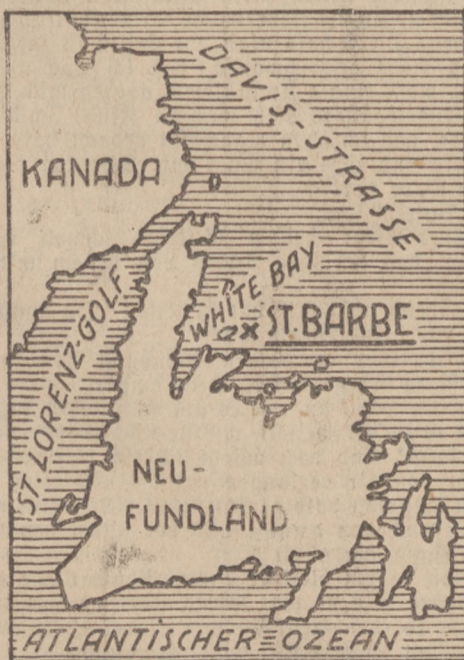
Ungarns Teilnahme an der Getreidekonferenz

Budapest. Minister des Auswärtigen, Graf Julius Karony, ist gestern nachmittags in Begleitung der Delegationsräte Baron Gabriel Neor und Mariesth nach Rom abgereist, um an der internationalen Getreidekonferenz teilzunehmen.

Der Strafantrag im Prozeß gegen die Madrider Revolutionäre

Madrid. In dem Prozeß gegen die Unterzeichner des revolutionären Manifestes vom Dezember v. Js. beantragte der Generalstaatsanwalt gegen den Hauptangeklagten Alcala Zamora eine 15jährige Gefängnisstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen die übrigen 5 Angeklagten je 8 Jahre Gefängnis mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Madrid. Die Regierung hat, wie die Blätter melden, Innenminister Hoyos beauftragt, eine Erklärung über die Verfassungsrechte des spanischen Volkes auszuarbeiten die am Sonntag veröffentlicht werden soll.



Schiffskatastrophe vor Neufundland

Bei der St. Barbe-Insel an der Ostküste Neufundlands (an der in der Karte mit einem X bezeichneten Stelle) ist ein für eine amerikanische Filmexpedition gecharterter Walfischfänger durch eine Explosion zum großen Teil zerstört und sodann in Brand gesetzt worden. Hierbei haben wenigstens 20 Personen den Tod gefunden. Von 60 Leuten, die — von Eisscholle zu Eisscholle springend — sich an die Küste retten

konnten, sind die meisten schwer verletzt. Zahlreiche andere Personen sind auf Eisschollen ins offene Meer hinausgetrieben worden. Ob sie von den zu Hilfe eilenden Schiffen gerettet werden können, ist mehr als fraglich. — Das Unglückschiff war ein Walfischfänger älterer Bauart — ähnlich dem, der auf dem Bilde rechts an der Küste Neufundlands gezeigt wird.

